

## Parteien in der DDR

Neben der führenden marxistisch-leninistischen Staatspartei – der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – sind in der DDR vier weitere Parteien zugelassen, deren Hauptfunktion darin besteht, gesellschaftliche Gruppen außerhalb der organisatorischen Reichweite der SED in den Aufbau des Sozialismus einzubinden und für den Kurs der „Partei der Arbeiterklasse“ zu aktivieren. In seinen Anfängen geht dieses „Mehrparteiensystem“, das auch in der DDR-Verfassung verankert ist, auf die Phase der „antifaschistisch-demokratischen Erneuerung“ in der sowjetischen Besatzungszone (1945-1948) zurück.

Nachdem die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 10.6.1945 die Gründung von Parteien und Gewerkschaften erlaubt hatte, traten bereits am 11.6.1945 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und am 15.6.1945 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) wieder in Erscheinung. Unter dem Druck der Besatzungsmacht wurden diese beiden Parteien in der sowjetischen Zone am 21./22.4.1946 zur SED verschmolzen. Deren Umwandlung in eine organisatorisch und politisch auf das sowjetische Vorbild ausgerichtete Kaderpartei erfolgte im Jahre 1948. Spätestens mit ihrem Aufstieg zur Staatspartei der 1949 gegründeten DDR setzte die SED ihren Führungsanspruch gegenüber den anderen Parteien und Organisationen durch, mit denen sie im Demokratischen Block, dem Kern der Nationalen Front der DDR, zusammengeschlossen ist.

Die Christlich-Demokratische Union (CDU) wurde in der sowjetischen Zone am 26.6.1945 gegründet. Seit 1952 folgte sie als „einschränkungslos sozialistische Partei“ ganz der politischen Linie der SED und sah ihre Aufgabe vor allem darin, Christen beider Konfessionen für die Mitarbeit in der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gewinnen.

Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) erfolgte am 5.7.1945 auf der Basis „liberaler Weltanschauung“ und „demokratischer Staatsgesinnung“. Auch sie büßte aber 1948/49 ihr eigenständiges Profil ein und musste sich der Bündnispolitik der SED unterwerfen. Nach der Satzung von 1982 versteht sie sich als „eine im und für den Sozialismus wirkende Partei“. Sie wendet sich vor allem an Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende und Angehörige der Intelligenz.

Von vornherein als Hilfsorganisation der SED wurden am 21.4.1948 die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und am 29.4.1948 die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) gegründet. Der NDPD war die Funktion zugeordnet, ehemalige NSDAP-Mitglieder und Berufssoldaten, bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise in die sozialistische Ordnung einzubeziehen; die DBD sollte zur Festigung des Bündnisses zwischen Bauern und Arbeitern beitragen.

